

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Potentiale nutzen - mehr Chancen für Menschen schaffen

Die Landesregierung wird aufgefordert, zum Aufbau neuer Beschäftigungschancen sowie zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs Maßnahmen zu ergreifen, um die Strukturen der beruflichen Vorbereitung und Qualifizierung zu effektivieren und die Potentiale der Ausbildungseinrichtungen, Schulen und Betriebe sowie der Arbeitsagentur besser zu nutzen. Bis zum 31. Dezember 2011 sind dazu folgende Handlungsoptionen und Maßnahmen umzusetzen bzw. in Angriff zu nehmen:

1. Einleitung von Maßnahmen, die geeignet sind, den Anteil von Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich zu reduzieren; hierzu sind u. a. die Schulsozialarbeit auszubauen sowie die Möglichkeiten der Selbsterfahrung wirtschaftlicher Praxis im Schulalltag zu verstärken;
2. Durchsetzung einer landeseinheitlichen Regelung zum Ausbau, zur Individualisierung und Verstetigung der dualen Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an Regelschulen und Gymnasien durch flächendeckende Anwendung und Regelförderung des Programms "Berufstart Plus" bzw. analoger Programme für alle Schüler ab Klasse 7;
3. Zulassung aller Schulabgänger als Ausbildungsbewerber, unabhängig von ihrem Abschluss;
4. Evaluation aller nicht voll berufsqualifizierenden Ausbildungsgänge, insbesondere der Berufsvorbereitung und Einstiegsqualifizierung sowie aller vollzeitschulischen Ausbildungsgänge dahin gehend, welche Chancen auf Einstieg in Beruf bzw. eine berufsqualifizierende Ausbildung sich mit diesen Maßnahmen für die betreffenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer tatsächlich eröffnen; das vollkommen unübersichtlich gewordene sogenannte Übergangssystem ist zu ordnen und radikal zu reduzieren;
5. Entwicklung neuer zukunftsorientierter Berufsbilder und Sicherung einer hohen Ausbildungsqualität in den sogenannten Zukunftsbranchen (Energie, Tourismus, Gesundheits- und Sozialwirtschaft);
6. Maßnahmen zur Prävention von Ausbildungsabbrüchen, darunter zur Sicherung der Ausbildungsqualität und zur Einhaltung der Jugend-, Arbeitsschutz- und Gesundheitsbestimmungen; Verbesserung der sozialpädagogischen Betreuung durch die Arbeit von Schulsozialarbeitern an jeder beruflichen Schule;

7. Sicherung des Theorie- und Fachpraxislehrenachwuchses an den beruflichen Schulen selbst; gerechte Regelung der Entlohnungsfragen der Lehrkräfte;
8. Herstellung der Landeszuständigkeit für die Berufsschulnetzplanung, soweit dies kreisübergreifende Fachklassen betrifft und Umsetzung in regionale Planungsrounden unter Einbeziehung aller relevanten örtlichen Akteure der beruflichen Bildung;
9. Maßnahmen zur Erlangung von Kenntnissen über die regionalen Qualifikationspotentiale in der Beschäftigung suchenden Bevölkerung und Installierung eines regionalen Fachkräftemonitorings, das die Übergänge von Ausbildung in Berufstätigkeit unterstützt. Hierbei muss auf das Engste mit den Kammern, Berufsschulen, Kreisverwaltungen und größeren Arbeitgebern der Regionen zusammengearbeitet werden.

Begründung:

Aktuell zeigt sich eine zunehmende Nachfrage nach Fachkräften in allen Bereichen der Wirtschaft, die durch den ansteigenden demografischen Ersatzbedarf, an einigen Stellen auch durch Erweiterungspersonalbedarf hervorgerufen wird. Für die Bewältigung der Probleme spielen neben der Frage des Lohnniveaus und der generellen Chancen auf Berufseinstieg in Thüringen die Rahmenbedingungen für Berufsausbildung und Studium eine wichtige Rolle.

Derzeit leistet sich Thüringen erhebliche Defizite in der Chancen-Effizienz seiner Bildungs- und Ausbildungsstrukturen. Nach wie vor wird ein nicht geringer Teil der Schulabgänger für nicht ausbildungsfähig erklärt, bleiben in großer Zahl berufliche Chancen ungenutzt. Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Abbrecherquoten in Berufsausbildung und Studium zu reduzieren. Zur Aufwertung betrieblicher Ausbildung muss eine deutliche Effektsteigerung im Bereich der Berufsvorbereitung und Benachteiligtenausbildung hinzukommen. Nicht zuletzt gilt es, die vorhandenen Potentiale in der Beschäftigung suchenden Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen und den Betroffenen den Einstieg in eine qualifizierte Berufstätigkeit zu ermöglichen.

Für die Fraktion:

Blechschmidt